

[Kernbotschaften]

Begrüßung

Wir können heute einen 1. Mai im Zeichen vieler neuer Arbeitsplätze und eines deutlichen wirtschaftlichen Wachstums feiern.

Dieser 1. Mai 2007 macht Mut zu mehr.

Diesen Aufschwung haben fleißige und kreative Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglich gemacht. Die dort angepackt haben, wo andere nur noch Quartalsergebnisse im Kopf haben.

Und diesen Aufschwung hat sozialdemokratische Politik ermöglicht. Wir haben dort Reformen gemacht, wo anderen nur ein falsches „Weiter so“ einfällt.

Ganz wichtig aber: Dieser starke Aufschwung, auf den ganz Europa schaut, ist natürlich ohne den Abbau von Arbeitnehmerrechten möglich gewesen, den CDU/CSU, FDP und Arbeitgeberverbände immer wieder fordern. Die sind die echten Dinosaurier in der Wirtschaftspolitik. Die verstehen nix von Globalisierung, Wissensgesellschaft und Flexibilität. Und von Fairness und Sicherheit schon gar nicht.

Wir brauchen keinen Abbau von Arbeitnehmerrechten. Wir brauchen nicht weniger sozialen Schutz. Im Gegenteil! In einer flexibler werdenden Arbeitswelt brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neue Sicherheiten. Übergänge im Berufsleben dürfen nicht zum sozialen Absturz führen.

Deswegen verteidigen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Kündigungsschutz und Tarifautonomie. Deswegen gibt es kein Rütteln am Erfolgsmodell der Mitbestimmung.

Wir wollen den Aufschwung nutzen, damit die schleichende Spaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer gestoppt wird. Alle müssen wieder Anteil am Wohlstand haben können.

Dabei geht es dann nicht nur um die Zahl der Arbeitsplätze. Es geht auch um die Qualität von Arbeitsplätzen. Es geht darum, sittenwidrige Löhne zu verhindern. Für gute Arbeit muss es auch eine vernünftige Bezahlung geben. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit leben können.

Und auch Familien brauchen mehr Unterstützung. Eine moderne und sozial gerechte Familienpolitik entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

In der Familienpolitik wird auch schnell der Unterschied zwischen der SPD und der politischen Konkurrenz deutlich. Wir reden nicht nur darüber, sondern machen konkrete Vorschläge wie den Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz mit einem ebenso konkreten Finanzierungsvorschlag.

Frau von der Leyen und CDU/CSU dagegen machen Versprechungen, die nie Realität werden können, weil andere, nämlich Bundesländer, Städte und Gemeinden dafür zahlen sollen.

[Der Aufschwung ist da]

Noch einmal zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland: Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Wirtschaft wächst, unsere Reformen zeigen nach einhelliger Meinung aller Experten in In- und Ausland Erfolge.

Jetzt ist Zeit für Optimismus. Auch 2007 und mindestens 2008 wird diese gute Entwicklung anhalten.

Und der Erfolg zeigt sich auch am Arbeitsmarkt. Wir haben fast eine Millionen Arbeitslose weniger als ein Jahr zuvor.

Es sind aber immer noch knapp unter 4 Millionen. Jetzt kommt es darauf an, den Aufschwung für eine weitere nachhaltige Senkung dieser Zahl zu nutzen, vor allem auch Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven zu geben.

Denn auch da gibt es Grund zum Optimismus. Um 12% sank die Zahl der Langzeitarbeitslosen innerhalb eines Jahres. 350.000 Menschen, die lange ohne eigenes Einkommen waren, haben eine neue Chance erhalten. Hier wollen wir weitermachen.

Wir haben diese Politik 1998 begonnen. Und wir werden sie in der Großen Koalition weiterführen.

Es muss ein Aufschwung für Alle sein, nicht nur ein Aufschwung für wenige in den Chefetagen.

Übrigens trägt auch das oft unterschätzte 25-Mrd.-Euro-Programm für Wachstum und Beschäftigung, das die SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hatte, maßgeblich zum Aufschwung bei.

Dafür nur ein Beispiel: Im Programm zur energetischen Gebäudesanierung haben wir mit dem Einsatz von 1,5 Mrd. Euro pro Jahr für verbilligte Kredite Investitionen von jährlich mehr als 10 Mrd. Euro ausgelöst. Das spüren Handwerker und Baugewerbe in den Auftragsbüchern. Das ist gut für den Klimaschutz. Und es schützt die Privathaushalte vor steigenden Öl- und Gaspreisen.

[Du hast mehr verdient]

Der DGB hat den 1. Mai unter das Motto „Du hast mehr verdient“ gestellt. Dieses Motto werden wir auch in der Regierungspolitik mit Leben erfüllen.

Wir wollen faire Löhne in Deutschland. Dazu gehört, dass die Menschen, die viele Jahre auf Lohnerhöhungen, auf Weihnachtsgeld u.a.m. verzichtet haben, jetzt – wo die Wirtschaft brummt – endlich eine satte Lohnerhöhung bekommen. Und bekanntlich steigen auch die Renten automatisch, wenn die Löhne steigen.

Mit dem „mehr verdient“ sind dabei übrigens wirklich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemeint, nicht die Spitzenmanager. Die haben in den letzten Jahren kräftig zugehakt, ob es mit den Gewinnen ihrer Unternehmen aufwärts ging oder nicht. Dieses Missverhältnis hat viel Vertrauen in Deutschland zerstört.

Wir wollen faire Löhne in Deutschland. Deswegen braucht Deutschland endlich Mindestlöhne, um Menschen vor Ausbeutung und unfairem Wettbewerb zu schützen.

Von dieser Forderung werden wir uns auch in der Großen Koalition nicht abbringen lassen.

Wir wollen diese Mindestlöhne jetzt. Aber wir sind auch bereit, sie zum Hauptthema im Wahlkampf in zwei Jahren zu machen.

Es ist unerträglich, wenn Menschen Vollzeit arbeiten und dann noch Hartz IV beziehen müssen. Es ist unerträglich, dass die Allgemeinheit Hungerlöhne in Branchen subventionieren muss. Wir wollen keine Verhältnisse, wo man trotz Arbeit arm ist.

Es ist ein Skandal, wenn die Friseurin, die eine Frisur für 60 Euro macht, nur drei Euro brutto pro Stunde bekommt.

Es ist ein Skandal, dass ein Briefträger bei einem Unternehmen, das Konkurrent der Post ist, nur vier Euro pro Stunde bekommt und eventuell noch Vertragsstrafen bezahlen muss. CDU/CSU wollen diese Situation jetzt sogar noch durch eine einseitige europäische Regelung verschärfen.

Es ist ein Skandal, wenn ein Zimmermädchen in einem Hotel, wo die Übernachtung 200 Euro kostet, nur etwas mehr als zwei Euro pro Stunde bekommt.

20 von 27 EU-Mitgliedsstaaten haben einen Mindestlohn: Frankreich 8,27 Euro; UK 7,96 Euro; Irland 8,30 Euro; Niederland 8,13 Euro.

Die Niederlande haben den Mindestlohn 1969 eingeführt und bewerten ihn als Riesenerfolg. UK hat ihn 1996 eingeführt und hebt ihn wegen des großen Erfolgs jedes Jahr stärker an.

Nur in Deutschland glauben einige Marktradikale noch, dass ein Mindestlohn zum Verlust von Arbeitsplätzen führt.

Wenn ein Briefträger einen Mindestlohn von 7,50 Euro kriegen muss, dann kann trotzdem niemand diesen Job nach Vietnam oder in die Schwarzarbeit verlagern. Das gilt für fast alle Dienstleistungen. Denn das sind die Branchen, wo vor allem Mindestlöhne notwendig sind.

Wir sparen uns als Land auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaputt. Einige schwarze Schafe nutzen die Not von arbeitssuchenden Menschen gnadenlos aus.

Damit muss Schluß sein! Das lassen wir nicht länger zu!

Durch einen Mindestlohn würde die Kaufkraft steigen, das Wirtschaftswachstum noch beschleunigt. Und Mindestlöhne würden die Lohnsumme steigen lassen, was wiederum zu höheren Renten führt. Alle würden gewinnen.

Unser Ziel ist daher klar: Verbot sittenwidriger Löhne. Für gute Arbeit auch guter Lohn. Wer Vollzeit arbeitet, muss davon leben können.

Ein erster Schritt ist das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Das galt bisher nur für die Baubranche, wo es sehr erfolgreich war. Seit März gilt es für die vielen Beschäftigten der Gebäudereinigungsbranche, übrigens auch auf Wunsch der Arbeitgeber dort, die faire Wettbewerbsbedingungen wollten.

Das ist gut! Aber noch nicht genug!

Um Lohn- und Sozialdumping weiter zu unterbinden, wäre der einzige, richtige Schritt, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen auszudehnen.

So gäbe es einen Mindestlohn für alle in- und ausländischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in Deutschland arbeiten oder Arbeit anbieten. Das ist vor allem vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung von Bedeutung.

Tarifliche Lösungen sollen Vorrang haben. Dort, wo es aber keine Tarifstrukturen gibt oder diese nicht greifen, muss mit gesetzlichen Mindestlöhnen ein Mindestmaß an Absicherung und Anerkennung für geleistete Arbeit ermöglicht werden.

Die Tarifbindung geht immer weiter zurück. In Westdeutschland werden gerade noch 68 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von einem Flächentarifvertrag erfasst, in Ostdeutschland sind es sogar nur noch 53 Prozent.

Deswegen drängen wir in der Großen Koalition auf ein Mindestlohngesetz. Deswegen riskieren wir den Krach in Berlin. Weil es uns um die Menschen geht.

[Große Koalition]

Zur Arbeit der Großen Koalition in Berlin.

Schon mit der Koalitionsvereinbarung haben wir klar gemacht, dass Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz weiter gesichert sind. So lange es keine Mehrheit gegen die SPD gibt, so lange gibt es auch keine Mehrheit gegen Arbeitnehmerrechte im Deutschen Bundestag.

So lange können wir diesen sozialen Schutz für die Menschen in Deutschland verteidigen.

Lassen Sie sich von den medial aufgeblähten Vorstößen aus Arbeitgeberverbänden, CDU, CSU und FDP nicht verängstigen. Im Bundestag gibt es keine Mehrheit für die Beschneidung von Arbeitnehmerrechten, keine Mehrheit für Schwächung von Betriebsräten und Gewerkschaften.

Das gilt insbesondere für das deutsche Erfolgsmodell der Mitbestimmung. Das ist eine Frage der gleichen Augenhöhe für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Demokratie hört nicht am Arbeitsplatz auf. So einfach ist das.

Davon profitieren übrigens auch die Unternehmen. Denn Mitbestimmung heisst Konsenssuche statt Konfrontation. Weniger als in Deutschland wird nur noch in der Schweiz und in Japan gestreikt. Ein Standortfaktor mit sehr hoher Bedeutung für unser Land. Viele Investoren achten auf solche Zahlen.

Mit der SPD wird es auch keine Verschlechterungen beim Kündigungsschutz geben, den CDU und CSU immer wieder von uns fordern.

Warum auch? Der Kündigungsschutz schützt ja nicht vor Kündigung, wenn es dem Betrieb einmal schlecht geht. Aber er schützt vor Willkür.

Ohne Kündigungsschutz gäbe es viel mehr Unruhe in den Betrieben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden erpressbar, Wettbewerbsbedingungen verzerrt. Das wollen wir nicht!

Wer möchte, dass sich die Menschen auf Veränderungen einlassen, muss eine sichere soziale Basis bewahren und schaffen. Für diese neuen Sicherheiten steht die SPD.

[Familie und Beruf]

„Du hast mehr verdient“ muss auch für die Familien in Deutschland gelten! Familienpolitik hat für uns Sozialdemokraten einen hohen Stellenwert. Eine moderne und sozial gerechte Familienpolitik ist entscheidend für die zukünftige Entwicklung unseres Landes.

Zu viele Kinder wachsen unter Bedingungen auf, die ihnen keine fairen Chancen geben. Bedingungen, die verhindern, dass diese Kinder alle Fähigkeiten, die sie haben, auch für ihre Zukunft nutzen können.

Seit 1998 haben wir die Leistungen für Familien deutlich erhöht. Und wir haben damit begonnen, in der Familienpolitik eine andere Richtung einzuschlagen: Hin zu einem intelligenten Mix aus Infrastruktur, Zeit und Geld.

Elterngeld, Ausbau Kinderbetreuungseinrichtungen, Ganztagsschulprogramm, flexible Elternzeit, Recht auf Teilzeit, bessere steuerliche Begünstigung von Familien, Kinderzuschlag, steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, bessere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei der Rente sind diese wichtigen Bausteine, die von der SPD entwickelt und umgesetzt wurden.

Den von uns eingeschlagenen Weg setzen wir auch in der Großen Koalition fort.

Wir Sozialdemokraten wissen, dass sich die Aufgaben der Familienpolitik in Deutschland in den letzten Jahrzehnten grundsätzlich gewandelt haben.

Wir wissen, dass heute eine Vielfalt an Familienformen besteht. Die Zahl der Alleinerziehenden nimmt ebenso zu, wie die Zahl der Patchworkfamilien sowie der nicht-ehelich geborenen Kinder.

Wir wissen, dass sich die Lebensentwürfe von jungen Frauen und Männern verändert haben. Nur noch 5% der jungen Frauen wollen ausschließlich Mutter und Hausfrau sein; die übergroße Mehrheit möchte beides: Familie und Beruf.

Wir wissen, dass insbesondere bei Alleinerziehenden das Armutsrisiko groß ist.

Und wir wissen aus internationalen und nationalen Studien, dass Deutschland bei der frühkindlichen Bildung erheblichen Nachholbedarf hat.

Wir wollen zur europäischen Spitzengruppe aufschließen. Deutschland gibt nicht unbedingt zu wenig Geld aus für Familien, sondern vielfach an den falschen Stellen. Insgesamt 184,5 Mrd. Euro geben Bund, Länder und Gemeinden jährlich für familien- und ehebezogene Leistungen und Maßnahmen aus.

Andere Länder sind bei geringerem Geldeinsatz erfolgreicher in puncto Armutsvermeidung, Frauenerwerbstätigkeit, Bildungschancen und Geburtenrate. Sie setzen die Mittel effizienter ein. Investieren mehr in eine gute Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur. Daran muss sich Deutschland ein Beispiel nehmen!

Um dieses Ziel geht es auch beim Streit um die Betreuung von Kindern unter drei Jahren.

Wir wollen den Rechtsanspruch auf Betreuung nach Vollendung des ersten Lebensjahres. Wir wollen damit eine tatsächliche Wahlfreiheit für Eltern schaffen. Junge Eltern erwarten zu Recht, dass sie nach 12 oder 14 Monaten Elternzeit mit Elterngeld in den Beruf zurückkehren können.

Dafür brauchen sie ein entsprechendes Betreuungsangebot. Bei einem Angebot von Kindertagesbetreuung in Westdeutschland von aktuell knapp 8% bei den Unter-3-Jährigen gibt es für viele Eltern keine wirkliche Wahlfreiheit.

Wir reden nicht nur über moderne Familienpolitik, wir treiben sie auch voran. Wir haben ganz konkret vorgeschlagen, wie die Bundesebene die Kosten für diese Vorschläge von rund 6 Milliarden Euro jährlich finanzieren soll. Und wir haben dabei in Kauf genommen, dass dieser Vorschlag nicht allen gefallen wird, die Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung abgeben müssen.

Frau von der Leyen hat zunächst viel versprochen und will sich jetzt auf Zuschüsse zu Baukosten zurückziehen. Zahlen sollen außerdem nach Ansicht von CDU und CSU die Bundesländer, die Städte und Gemeinden.

Wer glaubt denn, dass der Sozialschauspieler Rüttgers in Düsseldorf, der jetzt schon zum zweiten Mal in Folge bei den Kindergärten spart, zusätzliches Geld für die Kinderbetreuung bereitstellen wird?

Wer glaubt denn, dass Kommunen wie Swisttal oder Bonn die Kinderbetreuung alleine finanzieren können?

Nein, CDU/CSU und von der Leyen haben viel versprochen und wollen jetzt nichts halten. Ich bin dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, für die klaren Worte dazu gestern sehr dankbar.

Die SPD hat ein Finanzierungskonzept vorgestellt. Jetzt liegt es an der Bundeskanzlerin, ob sie bereit zu einer modernen Familienpolitik ist und ob sie einen seriösen Finanzierungsvorschlag durchhält. Everybodies Darling reicht nicht!

[Kritische Themen]

Ich will um kritische Themen nicht herumreden. Unternehmenssteuerreform und Rente mit 67 sind umstritten. Durchaus auch innerhalb der SPD.

Zunächst zur Unternehmenssteuerreform. Wir wollen fairen Wettbewerb in Europa. Daher setzen wir uns auch für eine einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei der Besteuerung von Unternehmen ein. So können wir einen Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze und unfairen Standortwettbewerb verhindern.

Deshalb haben wir eine Unternehmenssteuerreform in Deutschland auf den Weg gebracht und drängen parallel in Brüssel auf eine abgestimmte Politik.

Diese Reform macht unsere Unternehmen in Europa noch wettbewerbsfähiger als bisher. Das ist gut für die Arbeitsplätze.

Gleichzeitig können sich intern. Unternehmen wie z.B. IKEA nicht mehr künstlich arm rechnen und Gewinne in Steueroasen verschieben. In Zukunft müssen Gewinne auch in Deutschland versteuert werden. Das ist gut für die Steuereinnahmen.

Und schließlich hat die SPD die Gewerbesteuer als wichtigste Steuer für Städte und Gemeinden gegen die Angriffe aus FDP, CDU und CSU bewahren können. Das ist gut für die Menschen vor Ort, weil so die Finanzierung von Schulen, Kindergärten und vielem mehr gesichert ist.

Wir müssen auch unpopuläre, aber dennoch richtige Entscheidungen treffen. Dazu gehört die Rente mit 67. Wir haben hier heftige Auseinandersetzungen mit unseren Freunden von den Gewerkschaften.

Ich sage aber auch, dass Politik heute die Weichen für eine gute Zukunft stellen muss. Es ist nicht Stil der SPD, nur an die nächste Wahl zu denken. Wir machen eine verantwortungsvolle Politik.

Ab 2012 wird das Renteneintrittsalter schrittweise erhöht, so dass ab 2029 das gesetzliche Renteneintrittsalter dann bei 67 Jahren liegt. Andersrum gesagt: Für die Geburtsjahrgänge ab 1964 gilt die Regelaltersgrenze 67 Jahre.

Bei Teilen der Gewerkschaften kam hier schon mal blanker Populismus zum Vorschein. Das hatte mit Aufklärung, dem gemeinsamen Urgedanken der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, nicht mehr viel zu tun. Denn hinter dieser neuen Regelung stehen demografische Entwicklungen, die niemand ernsthaft anzweifeln kann.

Dazu nur die zwei wichtigsten Daten:

Heute finanzieren drei Beschäftigte eine Rente. 2030 wird sich das Verhältnis auf 2:1 verschlechtert haben. Grund dafür sind die – leider – sinkenden Geburtenrate und die – zum Glück – steigende Lebenserwartung.

1960 war man im Durchschnitt 10 Jahre Rentner. Durch die gestiegene Lebenserwartung sind es heute schon 17 Jahre. 2020 vermutlich schon 20 Jahre und 2030 noch ein paar Jahre mehr.

Diese Fakten machen die Lage deutlich. Wir dürfen den Menschen nichts vorgaukeln. Unser Rentensystem kann so nicht bleiben, wie es ist. Deshalb sagen wir schon heute, dass in 22 Jahren das normale Renteneintrittsalter bei 67 Jahren liegen muss. Aber auch erst in 22 Jahren und nicht schon heute, wie manche glauben machen wollen!

Sachliche Einwände wischen wir nicht beiseite. Wir wissen, dass es für viele, die schwer körperlich oder in Schichten arbeiten müssen, schwierig oder sogar unmöglich sein wird, bis zum Alter von 67 weiterzumachen.

Daher haben wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die unter Beteiligung von Expertinnen und Experten aus Praxis, Wissenschaft und Gewerkschaften Vorschläge erarbeiten wird, wie wir die Rente mit 67 flankieren können.

Dabei soll es u. a. um Qualifizierung und Weiterbildung gehen, um die Gestaltung einer altersgerechten Arbeitswelt, um gesundheitsschonende Gestaltung der Arbeitsplätze und um Möglichkeiten gleitender Übergänge in den Ruhestand. Die Rente mit 67 ist beschlossen, aber über die Ausgestaltung im Einzelnen wird noch zu sprechen sein.

[Fazit]

Als SPD können wir nicht mit populistischen Forderungen konkurrieren. Wir wollen den Leuten nicht weismachen, dass sich nichts ändern muss.

Wir hängen unser Fähnchen nicht alle paar Monate nach dem Wind.

Wir sind in Regierungsverantwortung. Wir sind in Regierungsverantwortung, um den Menschen helfen zu können. In der Opposition kann man nur wohlfeile Reden halten.

Wir sind in Regierungsverantwortung. Wir machen uns stark für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir wollen die besten Chancen für alle Kinder.

Wir führen eine andere Standortdebatte als CDU, CSU und FDP:

Qualität zählt.

Gute Arbeit zählt.

Gerechter Lohn zählt.

Ein handlungsfähiger Staat zählt.

Gleiche Bildungschancen zählen.

Mehr Zuwendung für Kinder zählt.

Darauf kommt es an. Diese Politik braucht Ihre, braucht Eure Unterstützung. Wir wollen Mehrheiten für eine solche Gesellschaft. Mehrheiten für eine sozialdemokratische Politik.